

Straubhaar, Thomas

Article — Published Version

Mehr Geld - bessere Bildung?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Straubhaar, Thomas (2001) : Mehr Geld - bessere Bildung?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 81, Iss. 12, pp. 670-671

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40903>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mehr Geld – bessere Bildung?



Thomas Straubhaar

Erst war es Timss, jetzt ist es Pisa. Das Ergebnis bleibt dasselbe. Das deutsche Bildungssystem erfüllt seine eigenen Ziele nicht. Es ist weder Spitze, noch ist es gerecht. Bestenfalls genügt es Mittelmaß. Dass die bildungsbedingte soziale Segregation sogar noch größer ausfällt als in den USA, muss jenen zu denken geben, die mit der Forderung nach „Bildung für alle“ und mehr Gerechtigkeit für Kinder armer Eltern das deutsche Bildungssystem in der Nach-68er-Zeit umgepflügt hatten. Ein Verzicht auf strenge Leistungskriterien und harte Selektionsverfahren bedeutet eben noch lange nicht, dass die Zugangschancen für sozial Schwächere verbessert werden, sondern nur dass das Bildungsniveau insgesamt verwässert wird. Fördern und fordern gehören gerade bei Erziehung und (Aus- und Weiter-)Bildung eng zusammen.

Geht nach dem miserablen Zeugnis der international vergleichenden Pisa-Studie nun ein Ruck durch Deutschland? So, wie es der damalige Bundespräsident Roman Herzog in einer viel zitierten Grundsatzrede 1997 gefordert hatte? Fast könnte man es meinen. Die Zeitungen sind voller guter Ratschläge, was nun alles getan werden sollte und was gemacht werden müsste, um Deutschlands Bildungssystem an die Spitze zu bringen. Plötzlich haben es alle schon lange gewusst und jeder hat die schlechten Noten kommen sehen. Ebenso rasch werden umfassende Lösungsvorschläge aus den Schubladen geholt. Patentrezepte werden vorgestellt. Dazu gehören eine bessere Lehrerbildung, mehr Autonomie für die Schulen, Begabtenförderung, Computer an Schulen, Lernen statt Spielen in Kindergärten und vieles andere mehr. Da stellt sich natürlich sofort die Frage, wieso all diese guten Ideen so lange im Dunkeln liegen bleiben mussten? Wussten die Verantwortlichen etwa schon lange von der deutschen Bildungsmisere, hatten aber nicht den Mut, von alleine Alarm zu schlagen?

Wichtig und richtig ist zweifelsfrei die Erkenntnis, dass das deutsche Bildungssystem dringend und umfassend reformiert werden muss. Dabei kann und darf es nicht um Schnellschüsse gehen, die nur punktuelle Korrekturen im Auge haben. An schulischen Experimenten aller Art hat es ja in den letzten Dekaden wahrlich nicht gefehlt. Ja, oft sind sogar fehlgeschlagene Experimente die Wurzel späterer Bildungsmängel. Reformen müssten wesentlich grundsätzlicher angelegt sein. Sie müssten auch langfristigen gesamtgesellschaftlichen und makroökonomischen Trends Rechnung tragen. Dazu gehört die Individualisierung der Gesellschaft, die auch dazu führt, dass das traditionelle Familienbild zur Ausnahme wird. Bekanntlich ist die Zahl der Scheidungen in den letzten Dekaden konstant gestiegen. Parallel dazu ist die Geburtenhäufigkeit stark zurückgegangen. Kinder mit zwei gleichberechtigt erziehenden Bezugspersonen werden seltener, genauso wie es immer weniger Eltern mit Kindern gibt. Wer wird sich unter diesen Umständen aber noch für die gute Ausbildung der Kinder wirklich interessieren? Wer hat die Kraft und wer findet die Zeit, sich mit Schule, Lehrerschaft, den Sorgen und Nöten der Heranwachsenden auseinander zu setzen? Wenn sich aber Eltern aus der Verantwortung ziehen, fehlt jedoch bei Schule und Ausbildung ein wesentliches Kontrollelement.

„Mehr Geld für das Bildungswesen!“ wird jetzt auch zum wiederholten Male gefordert. Als wäre die Bildungsmisere die Folge fehlender Finanzen. Das ist aber nicht der Fall. Deutschland gibt im internationalen Vergleich zwar nicht mehr, aber eben auch nicht weniger Geld

für das Bildungswesen aus. Wichtiger als die Frage „wie viel“ ist ohnehin die Frage „wofür“ das viele Geld ausgegeben wird. Beispielsweise wachsen in Deutschland die öffentlichen Bildungsausgaben alleine schon deswegen, weil das Durchschnittsalter des Lehrkörpers steigt. In einem Lohnsystem, das die Gehälter automatisch nach Alter und nicht nach Leistung anhebt, nehmen dann die Bildungsausgaben zu, ohne dass deswegen die Qualität notwendigerweise verbessert wird.

In neueren bildungsökonomischen Analysen erkennen Erich Gundlach und Ludger Wößmann keinen statistisch gesicherten Zusammenhang zwischen der Höhe der Bildungsausgaben und dem Leistungsstand der Schüler(innen). Bessere Bildung ist nicht mit dem Scheckbuch zu haben. Weder das Lehrer-Schüler-Verhältnis, noch Ausbildung, Berufserfahrung und Gehalt der Lehrerschaft, noch die Ausstattung der Schulen mit Räumen und Sachmitteln scheinen sich entscheidend positiv auf den Lehr-/Lernerfolg auszuwirken. Viel wichtiger als „Geld“ sind institutionelle Faktoren. Dazu gehören größere Freiheiten der Schulen auch bei der Vermittlung der Lehrinhalte bei gleichzeitiger zentraler Vorgabe der Aufgaben der Abschlussprüfungen und eine stärkere Position der Interessen von Eltern und ihren Kindern gegenüber den Interessen der Schulen und ihrer Lehrerschaft. Noch ist nämlich nicht auszuschließen, dass zusätzliche Bildungsausgaben eher dem Nutzen der Auszubildenden und weniger dem Nutzen der Auszubildenden dienen.

Die bildungspolitische Diskussion fokussiert immer noch den Input. Es geht um Lehrermangel, Qualität von Lehrern und Schulleitungen, Unterrichtsformen, Früh- und Begabtenförderung. Es kann aber gut sein, dass diese Optik den Blick auf viel näher liegende Ursachen verzerrt, ja möglicherweise sogar verstellt. Liegt das grundlegende Problem des deutschen Bildungssystems nicht darin, dass nahezu alles staatliche Geld an Institutionen und nicht an die Auszubildenden oder deren Eltern fließt? Wenn aber Schulen statt Schüler finanziert werden, darf man sich eigentlich nicht wundern, wenn mit dem warmen Geldregen zuallererst die eigenen Gärten bewässert werden. Noch immer glaubt man in Deutschland an ein „feeding the horses to feed the birds“. Die Auszubildenden werden indirekt über die „Ausstoß-Produkte“ staatlicher Bildungsinstitutionen angepeilt, anstatt sie direkt zu begünstigen und ihnen in Form von Bildungsgutscheinen, Bildungsdarlehen, Stipendien und gezielten Fördermaßnahmen „Geld“ und damit „Macht“ zu geben.

„Entlassen wir unser Bildungssystem in die Freiheit.“ Mit dieser Aufforderung beendete Roman Herzog im November 1997 – also vier Jahre vor dem Pisa-Desaster – seine viel zitierte, aber anscheinend nicht wirklich ernst genommene Berliner Bildungsrede. Weiter sagte er: „Es ist falsch, dass alle Bildungsinhalte durch bürokratische Vorgaben festgelegt und möglichst einheitlich geregelt werden müssten. ... Es ist ebenso falsch anzunehmen, das beste Bildungsangebot könne nur vom Staat kommen. Gerade in einem guten öffentlichen Bildungssystem brauchen private Initiativen Ermutigung. ... Mit kosmetischen Korrekturen ist es da nicht getan. Es geht nicht um kleine Retuschen“. Wieso eigentlich hat niemand dem damaligen Bundespräsidenten und seinem klugen Entwurf eines zukunftsfähigen Bildungsmodells so richtig zugehört? Konnte oder wollte man nicht? Vielleicht, weil einfach die Interessen jener, die mit dem heutigen System gut leben, politisch stärker sind als der Einfluss jener immer weniger werdenden Eltern, die um die Zukunft ihrer eigenen Kinder bangen?

Was braucht es noch, damit Pisa jetzt nicht nur ein paar Wochen für nette Abwechslung im sonst traurigen Politik-Teil der Zeitungen sorgt, dann langsam ins Feuilleton rutscht, bevor niemand mehr davon lesen mag, die Politiker(innen) ihre „kompromisslosbrutalen“ Reformvorhaben wieder in die Schublade gleiten lassen, um sie beim nächsten Zeugnis wieder scheinbar taufersch und sofort zur Hand zu haben und einer breiten Öffentlichkeit zielorientierte Führungskraft und ungebremste Handlungsbereitschaft vorzugaukeln? Die Antwort auf diese Schlüsselfrage und eine Wende zum Guten könnten durch die Globalisierung erzwungen werden. Im härter werdenden globalen Wettbewerb der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts wird das Bildungssystem zum entscheidenden strategischen Standortfaktor für das künftige Wohlergehen einer Gesellschaft. Und auch im Bildungsbereich wird die spontane Ordnung ungebundener, freiheitlich organisierter, auf Eigenverantwortung basierender Systeme den staatlichen Monopolen um Längen voraus sein. Gesellschaften, die hier die Weichen falsch stellen, werden sich schnell auf Abstellgleisen wiederfinden.